

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publicationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erstverkauf wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Angemessen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schäferstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 25. 33

Abonnementpreis:
Geschäftsmänner lassen die Zeitung postallgemeine Postkarte 43 Pfennig.
Schluss für Interesse: Montag früh 7 Uhr.

Zur Tagung in Stuttgart.

Stuttgart ist einer der größten Industrieorte Süddeutschlands. Maschinen- und Musikinstrumentenfabrikation bilden neben Textilfabriken und der Industrie für poligraphische Werke die Hauptindustriezweige. Auch die Brau- und Malzindustrie ist in Stuttgart verhältnismäßig gut vertreten, die Mühlenindustrie dagegen gar nicht. Um so stärker wird in und um Stuttgart die Weinherstellung betrieben.

Entsprechend der eingessenen Industrie hat Stuttgart eine alte und auch eine gute Arbeiterbewegung aufzuweisen. Stuttgart war auch einer der ersten Orte mit, wo die Institution der Rechtsberatung der Arbeiter ihren Ausgang nahm. Auch auf sozialstatistischem Gebiet, zu dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern, marschierten die Stuttgarter Gewerkschaften immer an der Spitze. Die ersten deutschen und größten Industrieverbände, wie der Holzarbeiter- und der Metallarbeiterverband, hatten ihren Zentralssitz in Stuttgart; der Metallarbeiterverband, die Gewerkschaft der Welt, noch heute.

Soweit unsere Bewegung in Frage kommt, waren die Stuttgarter Kollegen bei der Gründung des Verbandes noch nicht dabei. Um so mehr und um so nachhaltiger vertrat sie aber, nachdem sie sich im Jahre 1892 dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter angeschlossen hatten, ihre Interessen. Stuttgart ist eine der wenigen Großstädte des Reiches, wo es in der Brau- und Malzindustrie bei Lohnbewegungen noch nicht zu ernsten Kämpfen, Streiks- und Aussperungen größerem Umfangs kam. Daraus ist natürlich nicht auf ein geringes Klassenbewußtsein der dortigen Kollegenschaft zu schließen als anderswo. Zu danken haben diesen Umstand die dortigen Kollegen ausschließlich ihrer geöffneten und einheitlichen Organisation. Aus Anlaß des diesjährigen Verbundestages soll an die wichtigsten Begebenheiten erinnert werden, um den Kollegen zu zeigen, daß den Stuttgarter Kollegen dennoch ihre Erfolge nicht mühelos in den Schoß gefallen sind.

Die Organisationsbestrebungen der Stuttgarter Kollegen, wenn auch anfänglich auf lokaler Grundlage, lassen sich bis zum Jahre 1882 zurück verfolgen. In diesem Jahre wurde der Lokalverein der Stuttgarter Brauergesellen ins Leben gerufen, der sich, weil damals noch keine gesetzliche Krankenversicherung bestand, die Unterstützung seiner Mitglieder in Krankheitsfällen zur Hauptaufgabe stellte. Darüber, daß sich der Verein mit Lohn- und Arbeitsfragen beschäftigt hätte, wurde bis zum Jahre 1890 nicht bekannt. Bei dem Gründungsarrangement des Allgemeinen deutschen Brauerverbandes am 17. August 1885 in Berlin war der Stuttgarter Brauergesellenverein vertreten. Zum Beitritt konnte sich der Verein trotz des lebhaften Interesses für die neue Gründung nicht entschließen. Der Vertreter des Stuttgarter Vereins, Kollege Schäfer, referierte auf dieser Gründungstagung über die Einführung einer Centralkasse zwecks Unterstützung alter und invalider Brauer. Zum zweiten Verbundstag im Jahre 1886 waren die Verhandlungen über den Anschluß des Stuttgarter Vereins an den Verband so weit gediehen, daß der Anschluß unmittelbar bevorstand. Die damals zwischen dem Verbandsvorstand einerseits und der Redaktion der Vereinszeitung, sowie den meisten Gaumereien andererseits ausgebrochenen Differenzen, hielten in letzter Stunde den Stuttgarter Verein vom Beitritt ab. Dennoch entstand er auch zu dem Verbundstage im Jahre 1887 sowie 1891 seine Vertreter. Zum letztgenannten Verbundtag war der Stuttgarter Verein durch den Kollegen Janos vertreten. Die hier ganz besonders von dem Hamburger Delegierten angeschlagenen scharfen Töne gegen das Braukapital, was man in Süddeutschland im allgemeinen noch nicht so gewohnt war, hielten auch dieses Mal den Verein vom sofortigen Beitritt ab.

Die bald nach der Neukonstituierung des Verbandes allerorts in die Erziehung getretenen positiven

Erfolge für die Kollegen wecken jedoch in Stuttgart den Drang nach einer stoffreichen Organisation und nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Einwieweit dieses auch in Stuttgart berechtigt war, beweist, daß dort noch von nachts 1 Uhr bis abends 7 und 8 Uhr für einen Monatslohn von 80 Mf. gearbeitet werden mußte. Ein Stuttgarter Braumeister hatte noch wenige Jahre vorher in einer Brauereischrift öffentlich erklärt, daß 6 Stunden Ruhezeit für einen Bierbrauer vollständig genug sei, mehr freie Zeit sei vom Übel, da sonst den Brauereiarbeitern zu viel freie Zeit zur Selbstbildung bleibe, was nicht erwünscht sei und nicht im Interesse der Braumeister und Braureien liege.

Nach mehreren Vorträgen des Kollegen W e i h - Hannover und R e u l e , welcher inzwischen in seiner Heimat in Stuttgart gelandet war, wurde im Jahrz. 1892 eine Zahlstelle des Verbandes ins Leben gerufen. In der Gründungsversammlung wurde auch klar, weshalb die Stuttgarter Kollegen sich solange sträubten, dem Verband beizutreten. Ein Bieraufsässer, Mitglied des Stuttgarter Brauergesellenvereins, erklärte nämlich u. a., daß die Stuttgarter Kollegen nicht zu geben wollten, daß ihr schönes Geld von Württemberg nach Preußen gesandt würde.

Als im Jahre 1889 und 1890 die Brauereiarbeiter sich immer zahlreicher gegen die miserablen Verhältnisse auflehnten, wurden auch die Stuttgarter mobil. Aber wie bescheiden damals auch die Kollegen in Württemberg und in Stuttgart waren, das ergeben die noch vorhandenen Aufzeichnungen aus der im Jahre 1890 in Stuttgart von den Kollegen eingeleiteten Lohnbewegung. Sie gebot von vornherein, das gute Einvernehmen mit den Arbeitgebern und den Braumeistern nicht stören zu wollen. Als äußerer Ausdruck dafür idiosynkratisch sie von vornherein die Berichterstattung der Presse von ihren Verhandlungen aus. Auch wurde verchieden, daß der Brauerverein sich mit der Forderung identifizierte. Die Bewegung wurde in einer öffentlichen Versammlung am 15. April 1890 eingeleitet. Die Forderungen lauteten:

12stündige Nettoarbeitszeit innerhalb einer 14stündigen Präsenzzeit, die zwischen 4 Uhr morgens und 7 Uhr abends liegen sollte.

Einführung von Wochenlöhnen in Höhe von 18 Mf., worin 4 Stunden Sonntagsarbeit einzubeziffert sein sollte.

Keinerlei Vorschriften darüber, wo die Post zu nehmen sei.

Bevorzugung beim Vergeben von Braueri-Wirtschaften an alte und invalide Brauereiarbeiter.

Die Forderungen wurden im wesentlichen bewilligt aber nicht in allen Punkten eingehalten. Die damals allgemein von den Unternehmern geübte Praxis, der jungen Organisation die Spitze abzubrechen, um dadurch die Gesamtorganisation verflümmeln zu lassen, war auch in Stuttgart in Uebung. In der Brauerei Dinkelacker wurde beispielweise vom Unternehmer bzw. von den Borgeleuten die Brauereizeitung für die Kollegen von der Post abgesangen und ins Feuer geworfen in der Annahme, daß dadurch auch die Gefinnung der Kollegen vernichtet werden könnte. Durch Entlassungen von Vertrauensleuten versuchte man, auch dort die Organisation nicht hochkommen zu lassen. Die Unternehmer haben aber damit ins Wege gestrichen. Auch die Stuttgarter Kollegen hatten die Beweismündung satt, sie beantworteten, nachdem sie sich der zentralen Organisation angeschlossen, die Entlassungen ihrer Vertrauensleute mit Lohnforderungen. Die Stuttgarter Brauereien verfügten es noch einmal mit Einschüchterungen. Sie verpflichteten sich durch Konventionalstrafe, bei einem eventuellen Brauerstreik keinen der in Stuttgart in Streit getretenen Brauereiarbeiter wieder einzustellen. Sofort unter Hinziehung des Stuttgarter Gewerkschaftsrates herbeigeführte Verhandlungen führten noch im November 1892 zum Abschluß eines zunächst auf ein Jahr gefündigten Tarifvertrages.

Das war der erste Tarifvertrag, der in der deutschen Brauindustrie überhaupt abgeschlossen wurde. Seitdem

arbeiteten die Stuttgarter Kollegen ununterbrochen unter tariflich geregelten Verhältnissen. Stuttgart war auch in anderer Hinsicht für die Bewegungen im Reiche vorbildlich. Hier wurde neben Greiz i. B. im Jahre 1903 zum erstenmal der den Arbeitern unter Fortzahlung des Lohnes gewährte Urlaub tariflich festgelegt. Schon einmal fanden sich die Vertreter des Verbandes in Stuttgart zum Delegiertentag zusammen. Im April 1898 fand dort der 11. Verbundstag statt, wo vor allem in bezug auf die Verwaltung der Gesamtorganisation wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Die Arbeit des bisherigen Vorsitzenden Wiehle, der auch zugleich Kassierer und Redakteur war, wurde geteilt und neben dem Vorsitzenden ein Kassierer und ein Redakteur gewählt. Auch wurde von diesem Verbundstag die Erwerbslosenunterstützung in ihrem heutigen Sinne eingeführt. Bis dahin zahlte der Verband nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Von damals zu heute, welche Entwicklung in der Organisation, in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kollegen und in den allgemeinen Verhältnissen überhaupt. Noch ist alles in Fluss, doch beginnen wir die Erwartung, daß der Verbundstag in Stuttgart auch diesmal wieder den Zeitverhältnissen entsprechende maßgebende Arbeit leisten wird für die Organisation, und damit auch für die Berufsschreiber.

Gewerkschaftliche Durchbildung.

Der Zustrom neuer Mitglieder zu den Gewerkschaften hält nach wie vor an. In den Berufsgruppen, die einst in völliger stumpfsinniger Daseinvegetation, jetzt sich der Gedanke des beruflichen Zusammenschlusses mit elementarer Gewalt durch, erfaßt er Menschen, deren Sitten und Traditionen von solchen Bestrebungen bis zum Tage der Revolution ganz unberührt blieb. Selbst die hemals ärgerlichen Duldmauler, die "Kron-mi-nits", die in Thüringen vor ihrem Prinzipal zu ersterben drohten, auch sie wollen nicht zurückbleiben, auch sie wollen den Geist der neuen Zeit erfaßt haben.

Dieser Zustrom neuer Mitglieder schafft seltsame Verhältnisse. Frisches Blut strömt herein, aber es kommt zu einer Zeit herein, in der die Gewerkschaften recht unvorbereitet solchem Ansturm gegenüberstehen. Jede Gewerkschaftsorganisation hat einen Teil ihrer besten Mitglieder, ihrer geschultesten Kämpfer verloren. Die Zeit verlangt politische und gewerkschaftliche Organisation, und als wenige Tage nach der Revolution hier und da der Stuf erhofft: wir wollen keine Unorganisierten mehr, da meldeten sich selbst die verschiedensten Nichtverbündete als Mitglieder an.

Nicht alle kamen aus neugewonnener, reiner Überzeugung. Es waren nicht wenige darunter, die zu den neuen Machthabern genau so hielten, als sie es vorher den alten gegenüber gehabt hatten. Weil ihnen aber doch innerlich die Furcht innewohnte, man könne ihnen ob ihrer früheren entgegengesetzten Haltung Misstrauen entgegenbringen, da suchten sie durch desto lauteres Bekennen solchen Eindruck zu verwischen.

Misstrauen ist eine demokratische Tugend, jedenfalls könnte da der Stuf nichts machen: man möge sich in schwierigen gewerkschaftlichen Situationen die Mithilfe des bewährten Fachmannes sichern, d. h. man möge im Ernstfall den, der gute oder bessere Stützlage geben will, erst daraufhin ansehen, wie lange er bereits Mitglied des Verbandes ist; denn auch in der gewerkschaftlichen Arbeit können wir langjährige Praxis und gehörige Erfahrungen durchaus nicht entbehren.

In Zeiten, in denen der Zustrom neuer Mitglieder sich in bescheidenen Grenzen hält, da hält die Durchbildung der Neuhinzugekommenen mit dem Zustrom im allgemeinen Schritt. Heute fehlt es an gewerkschaftlich erfahrenen Lehrkräften schon bei geringem Zustrom, infolge der zahlreichen Kriegsberufe. Fast unmöglich erscheint aber die Aufgabe gegenüber der Stiefenjahr neugewonnener Mitglieder. Durchaus mit Recht sagt daher Emil Dittmer: „Es kommt hinzu, daß für den größten Teil der Arbeiter aller Berufe der 4½-jährige Krieg eine formelle Schule der Gefühlspolitik, der Bildung der Rücksichtslosigkeit und der Selbstsucht war.“

Gegenüber muß wieder eine planmäßige gewerkschaftliche Durchbildungs- und Aufklärungsarbeit eingesetzt werden, die in der Kriegszeit leider ganz zu sehr vernachlässigt werden mußte. Wohl kann sie dieser Durchbildung, bei der Völle der verantwortlichen Aufgaben große Schwierigkeiten im Wege, und doch muß sie an den innerlich vielen anderen Aufgaben mit erfüllt werden. Weicht als es bisher möglich war, sollten die Zusammenkünfte der Kollegen zur gewerkschaftlichen Ausbildung bemüht werden. Beschränke Aussprache unter Leitung langjähriger Mitglieder in den Betriebsversammlungen und bei der Arbeit selbst kann darin denkbare Hilfe leisten. Dazu gehört aber in erster Linie, doch vor allem diejenigen Platz zu gewinnen, sich wieder mehr als bisher Geltung zu verschaffen, die sich auf Grund erforderlicher, Jahrzehntelanger Tätigkeit genügend Kenntnis der gewerkschaftlichen Bewegung angemeint haben.

Konferenz der Berater der Verbandsvorstände.

Von 13. und 14. Mai flogte in Berlin eine Konferenz der Gewerkschaften. Einleitend gab Segen einen Bericht über die gegenwärtige Situation im angeblich des von der Entente aus angebotenen Friedensvertrag, der am Schwerpunkt alles übertroffen, was das deutsche Volk während des Krieges durchleben musste. Das Vertragsgesetz prangt vorüber. Siebzehn Artikel legt er dar, das nun dem deutschen Volke eine fünfjährige Schubert für die Unterwerfung einstehen will, um die Verbrennen seiner feindlichen Machtgeber zu begleiten. Von den durch die internationale Sonderungen in Zürich und Bern ausgeprägten Arbeitserfordernissen steht nichts im Friedensvertrag. Dasselbe sollte erst eine Konferenz im Oktober d. J. in Wuppertal, auf der der Arbeiterschaft mit einem Brief der Befreiung zugespielen soll, mit Zuwendungsmaßnahmen darüber entscheiden, was an Arbeitserfordernis im neuen Kaiserreich eingetragen werden soll. Dagegen sieht der fünfjährige Völkerbund nur 2 Gruppen von Mitgliedern vor, die Gewerkschaften und Frieden unter die Gewerkschaften einzuschließen. Die beiden Gruppen der Deutschen nicht zugelassen, sondern es sollte höchstens jenseits durch einen Zuwendungsmaßnahmenbefehl zugelassen werden. Segen hat bestellt einen Auftrag an die Arbeiter aller Länder bereitzuhalten, der durch Sondertelegraphie verbreitet werden soll. Weitere gab Segen den Befehl des Verteilungsbunds der deutschen Gewerkschaften zur Frage des internationalen Arbeiterschutzes zur Kenntnis. Erinnige dieser Friedensvertragstellung, so seien auch die Errungenheiten der deutschen Revolution in Gefahr. Die Konferenz beschloß einen Auftrag an die organisierte Arbeiterschaft aller Länder zu richten und wünschte eine Revisionssession zur dessen Ausarbeitung.

Sicherheit der Regierung des Schifffahrtsvertrags schont Kaufmann für jedes Gewerbe vorläufige Renten-
zahnmitteln vor, die über Jahr der Schifffahrt alle Ver-
änderungen ausgleichen haben. Ferner müssen für
jeden Stadt- und Landkreis vorläufige Bezirksumsätze
eingezahlt werden, die die Durchführung der Schifffahrt
überwachen sowie darüber entscheiden, welche Arbeitgeber
Schiffahrt leisten dürfen. Die Dauer der Schifffahrt soll im
allgemeinen drei Jahre nicht übersteigen, sollte sich aber
nach den Schwierigkeiten des Gewerbes richten. Die vorläufige
Vereinbarung der Schifffahrt müsse durch Schifffahrt ge-
regelt und deren Durchführung durch Ausführungsregelungen
sichernd werden. Bei ungenügender Ausführung müssen
die Schifffahrt in einem anderen Betrieb auf Kosten des
betreffenden Schiffseigentümers oder des Gesamtbetriebes unter-
gebracht werden. Gewährleistung ist die Zustimmung des
Schiffahrtsgesellschaftsraats welche in die übliche Schriftform
fassen. Sie Rentenumsätze haben auch ein endzeit-
liches Anfangs- festzulegen. Nach die Grundrente müsse
verändert werden, Schiffstellen in ihren Betrieben einge-
setzt. Segelschiffen seien nur im Hafen zu politische
Schiffe einzurichten. Durch Schmiedehandwerker
sollte die Werkstatt der Steinbetriebe ergänzt und
deponiert bekommen jungen Leuten Gelegenheit zur Weiter-
bildung gegeben werden. Ferner seien geeignete Maß-
nahmen für Rettung der Bevölkerung, sowie für Be-
völkerungsförderung getroffen werden, kann sich die Schiffstellen
ausreichend ausfüllen habe. Die Form der vorläufigen
Vereinbarung sei durch die Rentenumsätze zu regeln.
Der jungen meisterten Arbeitern sei Gelegenheit zu jah-
reslicher Beschäftigung zu geben. So der Kapitän werde
auf die vorläufige Vereinbarung des Schifffahrtsvertrags hinge-
wiesen und weiterhin verlangt, dass die gesetzlichen Be-
fassungen über das Schiffsgesetz geändert werden
durch Ausgestaltung der Gewerbezulassungen und Sonderungen
und Webschutzregel der Schifffahrtserziehung auf die Organi-
sation der Arbeitgeber und Gewerbe.

Über die Sozialbildung geschäftsfähiger Unterrichtsstufen reichte Umfrage, daß das gewollte Maßnahmen der Schulpflichten die Vermehrung einer zweiten Mittelschule von Schulpflichtschülern, der allein für den Betrieb notwendig wäre, die umfaßte sind, den großen Aufgaben der Geschäftsschulen in Bezug auf Wiederholung des Hochschulrechts, Arbeitsgemeinschaft, Betriebswirtschaft und Arbeitserziehung, jütere Vorbereitung der Sozialbildung zu erfüllen. Diese Stufe sollen in den Jahren, und zwar zunächst in den Groß- und Mittelstädten über 50 000 Schüler, betrieben werden. Abendkurse sind durch vier Wochen bewilligt. Als Unterrichtsgegenstände sind in Ansicht zu nennen: Schrift- und Schreibunterricht, Arbeitserziehung und gezielte Schulpflichten und Sonderpflanzenfächer. Als Lehrer können die Gymnasien, Höheres Lehrerseminar und Lehrerseminar früherer Unterrichtsstufe in Frage. In der Ausprägung wird auf die Notwendigkeit der Stufen für Sozialbildung und öffentliche Schulbildung Rücksicht genommen. Die Konferenz schmiedet den Abschluß zu und erwähnt die Geschäftsschulkommission, bis ganz zuerst Sondertag über die Sozialbildung Fortzuführen zu werden.

Das Reichsverkehrsministerium teilt der Generalversammlung mit, daß für die Störten der Wehrwirtschaft die Verluste des Reichs getilgt werden sollen. Mit dem Reichsverkehrsminister soll über eine Bemessung dieser Schäden und über Verlängerung der Reparationszeit berhandelt werden.

Eine Resolution des Schleicherverbands, die eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise fordert, gibt den Weisheitsrätselminister Schmidt-Uhlmann zu erklären, dass er aufschon seit einiger Zeit an einer Herabsetzung der Stückpreise der wichtigsten Lebensmittel gut nachgekämpft habe, sondern ihm Gegenfeuer mit weiteren Erhöhungsbemühungen zu begegnen sei, da die Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren fallen (?), aber wenn ein ständiges ausländisches Eingehen von ausländischen Lebensmitteln zu erwarten sei, könnte eine Herabsetzung der Stückpreise in Aussicht gestellt werden. Die hohen Schleichhandelspreise könnten dagegen durch bessere Organisation der Lebensmittelbeschaffung auf dem Lande bekämpft werden. Beider haben die Zusammenarbeit und Zusammenarbeit dabei billig verfagt und gelten zu einem großen Teil sogar Trüger des Schleichhandels geworden. Es müsse daher der ländliche Bevölkerungsstand neuorganisiert und durch ständige Arbeitsernährung die Stückmiete auf dem Lande erweitert werden. Der Minister hofft, dass wir mit den Getreidebehörden bis zur weiteren Ernte auskommen und die Verteilung aufrechtzuerhalten können. Schleicher fasse es mit Kartoffeln und Fleisch aus. Kartoffeln seien vom Ausland zu sehr hohen Preisen (50 Pf. pro Zentner) zu bekommen. Das Fleisch will Brüderlichkeit leisten, um der Gemeinde Kartoffeln zu erträglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Städtisch ist der Fleischer-

hofft, daß wir mit den Gewerbevereinigungen bis zur vollen Größe einstimmen und die Bevölkerung aufrecht erhalten können. Schlechter sehe es mit Kartoffeln und Fleisch aus. Kartoffeln seien vom Mehl und zu sehr hohen Preisen (50 DM pro Zentner) zu bekommen. Das Fleisch will Bauschläge leisten, um der Gemeinde Kartoffeln zu erträglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Stiftsgesetz der Fleischversorgung könnte für die nächste Zeit keine Sicherheit für die Sicherung der bisherigen Reformen übernehmen werden, da endgültige Einsparungen in die Viehhaltung nicht bloß den Widerstand, sondern auch den Widerstand der Landwirtschaftlichkeit herstellen würde. Die Einsicht fremder Lebensmittel sei eine möglichst hohe Erhöhung unserer Aussicht. Es sind deshalb wesentlich Durchführungsleichterungen für industrielle Ergebnisse in Aussicht genommen. Es sind bereits zahlreiche Einsparungen für Lebensmittel erzielt, die endes, auf 50 Millionen Versorgungsberechtigte bereitstehen, recht geringe Auswirkungen ergeben. Zu erster Linie sollen die Bergarbeiter und Industriebezirke sowie die Großstädte mit freiem Lebensmittel versorgt werden. Bei der Einsparung soll die Zentralisierung durch direkte Beteiligung des freien Handels erzielt werden. Zur Per Verspreche war Leipart der Fleischversorgung, daß der Schleihandel wirtschaftlich bestmöglich werden könnte, wenn der Käufer nicht selbst kürzbar gemacht werde. Zu übrigen wurde über sehr angenehme Erfahrung des Fleisches und über große Kartoffelreserven im weiten Département berichtet. Der Fleischminister erwiderte, daß noch der gegenwärtigen Bedingung des Käufers nicht hinzu kommt, daß Leipart unterstellt, es Subsistenzprodukte die Verarbeitung nach viel zu wenig. Die Konferenz sieht das Ergebnis der Verspreche in der Aufklärung einzunehmen, daß sie von der Regierung sofort sämtliche Maßnahmen gegen Fleischarbeiter und Schleihandel fordert, weil diese die Wünsche seien, daß die Wirtschaftlichkeit immer höhere Lebensunterhaltungen stellen müsse. Die Konferenz ging dann zur Beratung des Gutachtens der Sachverständigen des Deutschen Gewerbeausschusses über. Als Berichterstatter des Versorgungsausschusses berichtete Leipart, daß der Name „Deutscher Gewerbeausschund“ 1896 auf dem Berliner Kongress vorgelegt, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gründung des Bundes vertragt worden sei. Die Konferenz beschloß, die Wahl des Namens zu geben: „Allgemeiner Deutscher Gewerbeausschund“. Die Einleitung zu den Sachverständigen lautet, daß eine Gewerbeprüfung ihre Wünschen nur erfüllen kann, wenn sie sich als Bezeichnung eines Berufes oder einer Industriegruppe über das ganze Land erstreckt. „In Antrag der Sachverständigen der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Gewerbeprüfer auf Streichung der Worte eines Berufs oder einer Industriegruppe“ wird gegen Einspruch abgelehnt. Zu übrigen wird der vorgelegte Abzugestimmte ohne wesentliche Veränderungen ange-

Brief Springen.

eröffnungsverhandlung am 18. Mai in Erfurt.
Der Buchdruck der Zollbehörde Erfurt gehörte bei
der Eröffnung der Konferenz unter den berühmtesten langjährigen
Zollbeamten des Stellgen. Harte Fragen, zu denen
sich die Delegierten erhoben. Zum 1. Punkt
Sagewordnung verpflichtete der Zollamtsvorsteher die
Herrn Redent über die Wahrnehmung einheitlichen
Rechtes bei Zollbehörden. Er hat einstens ber-
ichtet, daß auf diesem Gebiet Schätzungen kaum jeher verhältnis-
mäßig gewirkt habe. Denn sei es mit zu bedenken, daß für
einen Sachverständigen öffentliche einheitliche Grundlagen
zur Verfügung gehalten seien, so gleichermaßen für gleiche
Rede, z. B. für Steuerfahrt, Abrechnung nach § 616 des
G. R., Erlösabrechnung und dergl. Besteile, die
durch Geschäftsführer vor Verbrauch der Rechnungen nach
zurück kommen. Wenn nun keine andere Gemein-
schaft in der Sohfrage während des Krieges überhaupt
sei, so lange einen großen Teil der Schulden die Stellgen
haben. Die Wirkungen des Krieges seien für die ver-
schiedenen Rechte nicht gleichzeitig gegeben, eine Anzahl
von Artikeln des Krieges erkannt, andere wiederum nicht
erkannt. Da gelte es, ein einheitliches Grundlagen bei
einer Rechnung festzulegen. Das zu erreichen, sei
die Hauptaufgabe der beständigen Konferenz.

In der Debatte beteiligten sich außer dem Regisseur die Berater des Zentralen Komitees Sosul, Grotius, Grenatz, Käfer, Schreiber, Winkler, Lammenskjold, Goebel und Rödermann. Die Redner behaupteten, daß ein einzähniges Szenario nicht allein die Stoffe genügend für den Krieg tragen, sondern auch die Hauptaufgabe und Begründung hätten während des Krieges so viel mehr unternehmern müssen. Die besten einzähnigen Stoffen waren eingesogen, andere waren im Weltmarkt abhängig und das Kulturregime, für dieses die Gewerkschaftsräume so große Liebe zeigten, sei den weiteren Zunahme noch befähigt. Keine aber gelie-

stellen, denn die Schrankenungen im Sohn betragen zwischen 42 und 102 M ℓ pro Woche im Bezirk. Da die Lebensmittelkarte überall gleichlich die gleichen seien, so könnten die Sohnunterschiede zwischen Groß- und Kleinstadt innerstädtisch und Außenbezirk eine Rolle spielen. Es müßten zuletzt höchstens drei Brotkörbe im Bezirk genügen. Eine erhebliche Einsparung hätte die Boffeler Brotbäckerei zu bringen, wenn sie nicht durch den Krieg 1914 und durch den Sieg ziemlich lahmgelegt, heute aber ist sie wieder eine gesunde Brotbäckerei, undurch es den Städtegen möglich war, die beiden Verhältnisse im Bezirk zu schaffen, die für die anderen Bäckereien ungewöhnlich wären müssen.

Um rücksichtslosen sind die Verhältnisse in den Mühlen. Durch kleine Geschenke lassen sich die Mühlenarbeiter leider noch beeinflussen. Es muss alles verhindert werden, um in den kleinen Verhältnissen zu schaffen, die darunter in den Kämmereien ähnlich sind. Doch muss es noch eine gute Aktion einsetzen und die Mühlenarbeiterhaft muss erneuert werden mit einer geschlossenen Arbeiterschaft sonst durch den mütigen Widerstand etwas erreichen. Auch für die Holzfabrikant sollen ähnliche Verhältnisse wie in den Kämmereien geschaffen werden. Unterschiede sind durch nichts begrenzt. Von mehreren Seiten werden die vielen Fangeboten der Hauptverwaltung beworben; man sollte nur gegenwärtiger Moment nicht zuviel konzentrieren, sondern den Zuschallern, die selbst ihre Gedanke leisten können, die nötige Freiheit lassen und sie nicht durch Schreibereien von der praktischen Arbeit ablenken. Mit der Bierablösung sollte man ganz aufzuhören: fein, denn sie bringt für manchen Kollegen eine Gefahr. Ganz besonderes Gewicht muss der 48-Stundenarbeitszeit für Bierfahrer angewendet werden. Die Vernachlässigung liegt vielfach an dem Bierfahrer selbst, zumal ja der 8-Stundenarbeitszeit Gefahr ist.

Wann einigte sich darüber, die Begriffsleistung zur Beurteilung sofort einen Tarifentwurf anzunehmen um den Bahnstellen zur Einsicht präsentieren. Es soll versch gewandelt werden, damit die Verhältnisse liegen so, daß eine Vergleichung nicht ausbleibt.

Bernt 2. Punkt der Tagessitzung: „Agitation“, befürte der Hauptvorstand, Kollege Bader, das nach der Berufsausübung über 140 000 Kollegen für uns in Betracht kommen und deswegen unser Verband erst über 50 000 Mitglieder aufweise. Ein großes Feld sei also noch zur bearbeiten. Während des Krieges seien die Hauptkräfte, Bahnhofsvorstände, Verkehrsbeamte, Beamte usw. eingezogen worden, so daß wir an das notwendigste gedacht werden könne. Viele Kollegen zeigten nach Kriegsende durch keine Beiträge mehr weil sie glaubten, den Verband nicht mehr nötig zu haben, aber schon 1915, als die Lebensmittelversorgung einsetzte, wurde einem Teil der Kollegen der Nutzen der Organisation wieder klar. Aufgabe des militärischen Drucks konnten Streiks nicht geführt werden, gewöhnlich mußten Streikende ihre Entziehung geträufelt. Heute aber sind die Daseins geprägt, die Kollegen sind zurück, nun darf es ein Wiederholen mehr geben. Jetzt heißt es tüchtig agieren, um dem letzten Kollegen zu gewinnen. Selbst wenn es Sozialkämpfe durchgeführt werden, trüben wir die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft noch genommen. Die Bezirksleitung und Bahnhofsvorstände kannen die Agitation nicht bewältigen, sondern jeder Kollege muß mithelfen. Der Agitationsplan muß bestimmt abgegrenzt sein, es darf nicht vorkommen, daß zwei Bahnhofsvorstände die gleichen Orte bereisen. Die Bahnhofsvorstände können Grundbaren Kollegen ein gewisses Feld zum bearbeiten zuordnen, dabei aber steht das regelmäßige Bezugshausierer im Vange behalten, denn letzteres müsse ganz besonders gut funktionieren. Für den Westen und hierüber eben recht viele Kollegen ihre Erfahrungen, Lehren und Erinnerungen zum besten. Vor allem sind wir auf dem Sege, mit Unzufriedenen nicht mehr zu arbeiten. Wir müssen überall zu erreichen, müssen wie dem letzten Kollegen uns herüberbringen. Ein Witztag sond' Annahme, daß alle Orte, welche kein Rottell oder auch sonst nicht brauchbare Größe haben, in der nächstliegenden Bahnhofsvorstade bleiben. Der für einer solchen ansiedeln sollen. Nur für den Bahnhofsbetrieb mehr Kollegen zu gewinnen und mehr als zu lassen, hätte das Hauptvorstandsmitglied Köppler doch längst eine Agitationsschule für Wirtschaftsberater eingerichtet müssen. Letzteres wäre besser, als für die Gewerkschaftsgebäude zu warten. Besonders der Erfahrung reicher durch sich gegen ihr aus. Mehrere Meinungen für die Industrie- und Bergarbeiterföderation aller Verbände ins Gepräg, denn letzteres würde die Einigung und Bildung der gesamten Arbeiterschaft gewaltig fördern. Jetzt durch sich im Schlußwort für den Vorsitz der Beisitzungsvertretung aus. Nach der Runde müsse zum Weiter mit betreut werden. Folgende Resolutionen sind einstimmig

Die am 18. Mai 1919 in Erfurt verfassten Verträge der Zahnstellen des Bezirks Schlesien erkennen ein soviel wie vor einer stroffe gewerkschaftliche Organisation zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der im dem Bauwesen, Holzgewerbe, Vermögensverlagen, Fabriken und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer eine dringende Notwendigkeit ist. Der Verband der Baumeister- und Maurerarbeiter kann dieser Interessen nur dann nachhaltig vertreten, wenn der letzte Kollege als Mitglied eingeführt. Die Konferenz bedauert, daß während des Krieges im Beruf verbliebenen Kollegen die Organisation so stark verunsicherten, wodurch eine große Begeistertheit bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht gezeigt wurde. Um aus den jüheren Erfahrungen, mit einer eindeutige Organisationsfront auszukommen, ist eine einzige Organisation erforderlich. Alle von Energie erfüllten die antifaschistischen Gewerkschaftsvertreter die Verteilung der Agitationssarbeiten zu bearbeitenden Orten auf die bestehenden Zahnstellen und in der Betreibung intensiver Agitation durch Zahnstellenvorstände in enger Verbindung mit der Belehrung. Die antifaschistischen Vertreter verpflichten sich, dem auf der Konferenz behaupteter Stand agitatorisch zu treten. Die Konferenz erkennt an, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht Sache von Beobachtern sein kann, sondern hierzu durch die Gewerkschaften erfolgen muß. Der für Interesse der Gewerkschaft liegende einheitliche Zug kann nur wieder in die Lohn- und Arbeitspolitik gebracht werden, wenn die eingeschickten Delegierten nach einem

feststellbaren Stelle der zuständigen Begriffsleiterung gefügt werden. Die entsprechenden Befreiungsberreter seien indes dafür ein Dutzend nur als im hiesigen Sinne gewertet, damit die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen gegenwärtig in Schirringen sich recht wohl denjenigen der Kollegen im übrigen Weich anziehen zur Seite stellen könnten.“

Zent 3. Punkt „Stabilität“ ließ die Sondervereinigungen folgern, daß die Kollegen schon bei der vorliegenden Eingeschränkung ihre Verteilungssumme durch Abzug gebracht hatten über die kleinen Strohzelgen, die endlich beschönigen und praktische Arbeit machen sollten.

Den 4. April: „Betriebsrat“ besuchte in Augen
Blickt der College Gossensassum-Giesenau. Er freute sich,
man solle dieser jungen reizv. Aufklärungskunst schenken, der
allein mögliche diese Strophe mehr in der „Verbindungslage“
behandelt werden. Unsere Zukunft müsse in dieferer Gießfur
steigen. Betriebsräte und Werte für die politische Macht
seien aufzurütteln. Von der heutigen Reparatur habe man
nicht viel zu erwarten. Besonders schick führte er uns den
Aufforderungen über Betriebsräte, welche vom dem Gewerks
chaftsbundes angeordnet wurde. Organisatorisch
sei darin nicht vorzuhaben. Man müsse zur Sozialisierung
durch den Betriebsrat übergehen, man müsse die Brüder
sozialistischen und überzeugten, soz. Christl. in die Wirk-
ungnahme neuziehen. Sie eingetretene Kämpfer sprachen ganz
sehr im selben Sinne, der andere Teil holt die Sozial-
isierung für verfehlt, da es ein Mäßigtum seile und die
möglichen Kräfte nicht vorhanden wären, sondern für viele
Produktionszweige erji. Herausgefordert werden müssen.

Die Konferenz soll ein Stil haben, der die Kollegen
und berufsbetriebene Parteidurchungen von einem gefandten
Wort getrennen sieht, das die Wähler für zwecklos und dass
nicht die Befreiungssatzung, dass die Einigkeit im Reiche wieder
herstellen kann. Solche Wörter sind zum Gelingen seiner
Zwecke über kein einzigen geschlossenen Wahlkreis verboten.
Um Wiederholung. Und einem Stoff auf unserem Werbemittlern
folgt der Vorsitzende Schlegel der Konferenz.

Bemerkungen für Berufe.

Wunderbar, Sternschnuppen

Grundfesteig. Mit Einzelfahrtstags müssen eine von allen Brauereien Bierfesteig gut besuchte Brauerei-
arbeiter Versammlung Stellung zu dem Angebot her-
nehmen. Die Organisationsleitung hatte am 6. Mai
die zufriedige Forderung in Höhe von 20 M^t. Biersteig in
Betracht gebracht. Die Brauereien hielten es aber nicht
für nötig, zur Antwort. Als die Bierpreiserhöhung be-
kammt wurde, der endlich Deputate machten sich auf unsere
ehmalige Erinnerung und Nachricht zu kommen zu lassen.
Und zwar war das Angebot vom 10. M^t. pro Woche. Der
Collegiate Maasch nahm zunächst Führung mit den Betriebs-
arbeitschiffen. Diese lehnten dieses Angebot ab und gaben
ihre Kollegen Maasch den Auftrag, an dem im Samstag
die Gründeten festzuhalten. Nun begann ein Spannung-
zustand beim Bierbetrieb. 15. M^t, 17.50 M^t, 18. M^t und zu-
letzt auch 20. M^t, aber unter der Voraussetzung, daß dann
die Durchschmelzhöhe für die einzelnen Collegiate fortstel-
len. In der Versammlung wurde das Angebot unter der Vor-
aussetzung angenommen, daß es Ende der Abstimmung
im bestehenden Collegium selbst ist, mit den Brauereien
die Söhne zu regeln. Die Organisation wird darüber
richten, darf nicht unter dem Titel geprägt werden. Die Col-
legien werden nun die weitere Entwicklung der Preisver-
handlungen abwarten, sollen sie sich noch mehr zu ungünstigem
Arbeiter verpflichtet, dann werden wir vorhanda- mit
unter, wenn durch beschleunigten, Forderung kommen
lassen. Wichtigens kann es nicht angehen, daß die Bier-
preiserhöhung mit dem Ultimatum zugute kommt, soll
in die Arbeiter als Produzenten keinen ebenso gut einen
Teil an dem Gewinn wie die Brauerei. Nachdrücklich
gen die Germanen schon wieder, daß die Forderung der
Preise noch keinen Ausgleich für die jetzige Zahn-
söhning bietet, aber ein schöner Teil bleibt doch für sie
durch. Die Befürworten 20. M^t. für männliche und 5. M^t
weibliche Arbeitnehmer werden rückwirkend vom
1. Mai beginnen. Wo wieder einmal hat es sich als rich-
tig erwiesen: Einige sind mit einer Maat! Und so soll es
Zukunft auch weiter sein.

† Burgsteinfurt & Westf. Mit der Brüderesel Volking
wurde durch Verhandlung eine Vereinbarung getroffen,
durch die Löhne um 20—30 % pro Woche erhöht sind.
Die Überstunden werden am Wochenentgelt mit 1,25 M.,
Sonn- und Feiertagen mit 1,50 M. bezahlt. Stabe zu
stehende Arbeit auf solchen Tagen muss als Überstunden
zählt werden. Unfrisch wird gleichzeitig vom 2. Tagen die
Woche mit voller Lohnabholung. Bei Sonntagen wird
Differenz von 14 Tagen bezahlt. Das nichtgebründete
wird pro Liter mit 20 Pf. bezahlt. In diesem Be-
fall wurde wohl zum ersten Male eine solche Forderung
vorgelegt; doch soll höchst sehr viele Schwierigkeiten er-
reichen, ist wohl zu verstellen. Summerhin bedeutet der 2.
fall für die dortigen Kollegen einen schönen Fortschritt,
wenn ohne Mitwirkung des Berufsbundes nicht erreicht
würde. Würden nun die Wählerin zurückgestellt wer-
den müssen, dürfte unbedessen den Kollegen nur getragen:
Ihre Aufgabe muss es sein, solche Schwierigkeiten
befestigen. Zulgen sie dem Beispiel der Kollegen in
anderen und schaffen sie die Einheitsorganisation, dann
liegt die beste Gewähr, weitere Erfolge durchzusetzen.

7 Frankfurt a. M. Zur April 5. S. wurde dem Gewerbe-Verbandshauptverein, dessen sich jetzt auch die beiden Eisenfachhauptvereine angegeschlossen haben, ein weiterer Beitrag eingereicht. Nach dreimaligen Verhandlungen ist die Volkskammer am 30. März 1875 einvernehmlich beschließen Versammlung Bericht über die getroffenen Vereinbarungen erstatzen. Die Arbeitszeit beträgt am 5. August 8 Stunden, am Samstag 7 Stunden. Wochenlohn beträgt für Brauer, Komptenter, Wasch-, Heizer und Bierfahrer: Grundlohn 75 M., Neuzulage 35 M., zusammen 110,— M. für Hilfsarbeiter 70 M., Zulage 35 M., insgesamt 105 M. für den 65 M., Zulage 35 M., insgesamt 100 M. Rebericht wird am Werktagen mit 250 M. am Sonn- und Sonntag mit 3 M. bezahlt. Insofern wird Fortschreitung

der Kolonie wird gewährt nach einer Ausbildungsdauer von 1 bis 2 Jahren 6 Tage, nach 3 bis 7jähriger Ausbildungsdauer 9 Tage, über 8jährige Dienstzeit 12 Tage. Bierfüßer erhalten sofern sie nach 2 Uhr mittags zur Brauerei zurückkehren eine Vergütung von 2 M., sofern sie nach 5 Uhr zurückkommen 3 M. Vergütung für das mitre eingerücktes Mittagessen. Die Brauereien verpflichten sich nur nach organisierte Arbeiter einzustellen, außerdem müssen alle Arbeiter die weniger wie 25 Jahre in einer Brauerei beschäftigt sind. Mitglied einer vertraglich bindenden Organisation sein. Der Tarif tritt am 1. Juni in Kraft und hat einjährige Gültigkeit, mit Ausnahme der Zulage. Bei weiterer Verlängerung der Lebenshaltung bleibt es bei Organisation unbenommen, weitere Fortzügungen zu stellen. In einer erwähnter Verfassung wurde einstimmig hier Vergütungen die Zustimmung erzielt.

Ergebnisse an. In Südkar. Nach wiederholten Versuchen der früheren Jahre, ist es jetzt doch gelungen, die Kollegen in Südkar vollständig zur Organisation aufzuführen. Der mit der Ministranten abgeschlossene Konsolidierung bringt den Kollegen wesentliche Verbesserungen. Die Söhne werden um 20 bis 25 M. pro Woche erhöht. Nebenkunden werden mit 1,75 M. und 2 M. beglichen. Unkund wird von 8 bis zu 6 Exagen getrieben. Wenn die Kollegen auch fernherum gefördert werden die Bugehörigkeit zur Organisation hochhalten, dann sind ihnen weitere Erfolge sicher.

† Prof. Dr. Kornelius Pfeiffer mit dem Arbeitskreis
für Geographie des Deutschen und seinen Kollegen Schäf-
ferschungen bis zu 20 200 jährige und jüngste Ver-
änderungen.

Oßlingenburg. Hier brachten sowohl im hiesigen Monatszeitraum als für die Müller und Mälzer erlaubten Betriebszeiten eingetretene Diebstahlsercheinungen eine Verkürzung der Mittelarbeitszeit um einen Betrag von einer Stunde bei Erreichung der Mittelarbeitszeit. Monatsarbeitszeitverkürzung Gruppe 2 abgeschlossen. Außer Verkürzung der arbeitsstürmigen Arbeitszeit, Gewährung eines Urlaubs von fünf bis zehn Tagen, Entschädigung nach § 616 BGB; zwanzigjähriges Lehn- und Kaufvermögen vom 14. Februar, halbjährige Bezahlung der Sonnenunterhalt und Weihnachtstag; Rückenlager mit 50 Sägm. 25 Körn. Rüfung wurde auf die Abschaffung der bisherigen Monatslöhne sowie eine Lohnabschaffung vom 7. bis 15. IX. pro Woche verzichtet. Die Betriebsausbeute beträgt % Sägeholz.

Die Wissensmittler der geschäftlichen Werke haben durch Eingreifen der Organisation benefit eine Leistungserhöhung, beim 7. 20% von Werke erzielt. Desgleichen wurde der Verlierer die zu einer Woche Umlauf gehabt. Ein Vertrag wurde benötigt, noch nicht abgeschlossen, durch soll in nütziger Zeit mit dem Arbeitgeberverband oder den Gewerkschaften eine Übereinkunft ausarbeiten.

an der 24. August 1917 Schule leiteten auf Bezeichnung unserer Organisation für die ständigen Wahlen die Studentenliste bestellt und die Wahlergebnisse eingetragen. Die Zulassungsprüfung besteht aus 8000. Die Mitglieder sind aufgelassen, der Betrieb wird auf Lebensmittelzulieferung umgestellt und soll Lebensmittel herabsetzen werden. Der Abschluß eines Schriftvertrages wurde am 20. August 1917 durch die zur eingetragenen Wahlleitung aufgestellten

Bei der gemeinsamen Verhandlung am 26. Mai beabsichtigte Stolze Wollfartner über die geplanten Verhandlungen. Die Würtzisten erfüllten sich mit dem Ergebnis nicht einverstanden. Dachet wurde über den Verteilungsbereich der Würtzisten leichter Stimmung gebracht, weil dieser mit allem erkennbaren Mitteln befürchtete, dass Konkurrenz bestehen könnte. So wurde der benötigte Zeitraum bei Sonntag und Montag vom Wollfartner abgezogen gefordert. Diese Differenzen wurden durch Einholen der Geschäftsführung geneigt, die Stolzenau möglicherweise erschien, welche Interessenlage für die Organisation führen würden. Sie wohnten nun geschlossen zusammen, sie werden nach Wollfartner bestreite Verhandlungen aufnehmen.

Schnigglberg h. W. Mit dem bislang bestehenden und für Handel, Industrie und Gewerbe, G. G., wurde in die beständigen Brauereien und die Brauerei Südböhl ein neuer Zufluss eingetragen. Für Schnigglberg erhöhen sich die Löhne für alle erreichbaren männlichen Arbeitnehmer um 19 Mf. die Woche, für die Jugendlichen in der Ausbildung um 7 Mf. und für die Arbeitertüren um 5 Mf. insgesamtlich. In der Brauerei Südböhl beträgt die Zulohnung für die männlichen Arbeitnehmer 10 Mf., für die Arbeitertüren 6 Mf. Die Löhne betragen für Schnigglberg: Männer, gelehnte Handarbeiter und Oberarbeiter 22 Mf., Geiger und Schuhmacher 18 Mf., Schreiber, Bierbrauer, Walfischner, Hof- und Stallknecht 13 Mf., Arbeitern 8 Mf. Für die Brauerei Südböhl sind

einzelnen Soße nur 12% 1922 niedriger, während die Höhe der Warenhäuser der Bierbrauer eindeutig und 1922 niedriger stand als in den anderen Königberger Brauereien. Nach fehltem Grund in der unbedeutenden Steigerung der Prozente hat. Die Königberger Brauereien legen außer dem Lohn noch eine Rückerstattung von 2 Mio. auf. Gleichzeitig die Aufsicht die Werke füllen füllern pflegen müssen, erhalten sie dafür wesentlich 8% mehr oder entschädigt und für Sonderfallmaße werden 8% zahlt. Die Soße für Weberschichten und Sanitätsarbeiter sind gleichfalls wesentlich erhöht. Die Durchsetzung solcher Höhepunkte am dem Widerstand des Arbeitgeberkreises, der diese Stütze für ganz Königberg einheit-

regeln will. Offenkundig geschieht es both. Den ent-
scheidenen Widerstand hat der Arbeitgeberverband, denn
in dem Gesetz ist er gegen, was von geringer sozial-
licher Einsicht zeugt. Es gefüllt dies hauptsächlich
an der übrigen Industrie, denn unsere Mitglieder
den nicht allzuvieler haben betroffen, weil die Brauerei
Spaßberg und die Gusseisenwerke, die aus § 616 des
G. V. entstehenden Pflichten erfüllen, während die
Großbetriebe Lüneburg und Schönbach Unter-
angestellten besitzen. Wir sind aber überzeugt, daß wir
bei diesen Fragen nach zu einer konsistenten Regelung
kommen, wenn wir diese Forderungen vorausdrücklich ver-
einigen und unsere Forderungen zeigen, daß sie unter Um-
rahmen einer allgemeinen Sanierung, der Förderung auf
Verbilligung, den Vorrang haben. Die Verhandlungen

führt. Die Untersuchungsbeteiligten erhielten 12, darunter 15 und möglichst 12. 2000. Wurde die Kollegenschaft zweigte sich diese Situation entgegen, beweisen sich auch noch etwas Verantwortung, muss hier neueren Mitgliedern nicht verantwortlich sein.

Welttheil der Organisationen zu verschaffen, leicht ist eine breite Basis geworden. Dieser gilt das Kürzel und als unangefochtene Sitzung der dritten Gewerkschaften. Seit mehr als vierzig Jahren gehörte der Fischen Gewerkschaften sich hier und die betroffenen, unbestoßt gelöste, waren ihre Mitglieder allein möglichst zahlreich vertreten. Vor dem Siege habe ich hier dort eine Vierzig Mitglieder gewonnen, die sich aus meisteileis aus angereisten Kollegen rekrutierten, bei einer einzigen Sitzung mehr wiseren Befreiungen kamen zugängig. Die Wiederholung hat mich hier eine gute Wirkung gezeigt, nicht mit Rente — von treueren Wissensvögeln abgesehen — alle Brüder- und Mithilfsarbeiter in unserm Verband herangezogen haben. Die beständeren Zahl- und Wissensabteilungen dienen seit jener Zeit jenen anderen Städten gut und tragen zu dem föderativen Bau gemeinschafts- und Weltordens gebaut haben. Es ist verständlich, daß nunmehr die Männer der Organisationen und Mithilfen fast gefüllt organisiert waren, freilich durch Ueberdruck, doch enthielten diese Sozialverhältnisse einer gewissen Reform unterworfen waren.

Würden doch die 1000 Minuten noch Löhne von 7 Mf. pro Stundt bezogen; ihr Lohn
würde dann 50 Mf. pro Woche und auch noch dazukommen.
Unterstreichungen: Wahrnehmungen konnten die Preise mit
eigener Angabe der Stellenangaben bestätigt werden.

Die Vorschriften der Polizei bestimmen die Ausführung des Gesetzes. Sie bestimmen unter der Bezeichnung 4 bis 17 222 das Gründen von Polizei; die Polizei gelten als Hochbeamte und können eine Polizei ganz abschaffen. Die Wahrnehmungen werden an Beamten mit 20 Prog. an Beamten mit 20 Prog. aufzuführen beginnen. Nachdem gefürgt entsprechend zum Erfüllung der drei Tagen ist es einer Pflicht unter Fristabfertigung des Landes. Deshalb kann nur § 616 erneut, wonach der Landrat die Differenz zwischen Lohn und Gehaltsgehalt auf die Dauer von 15 Tagen bezahlt wird. Bei den Beamten geöffnet sich die Belebung, etwas schwieriger, weil nicht unverändert geblieben sind noch eine fast durchgängig durchsetzungsfähiges Gesetz, die in den bestehenden Verhältnissen

mag nicht nur bei unsfern eintreden. Wie hat die christliche
Kirche organisierten Christen im letzten Hingerade ver-
boten erhalten, aufzuhören eine große Gottesfurcht und Feindes-
furcht? Weit entfernt seien: Widerstand zu unsfern Ver-
brechen. Die Gottesfurcht erfüllte doch noch bedenklich auf-
gerückte Verbrechungen für den gleichen Sieg angefe-
uernt, und ganz gewiß mit dem christlichen Christus
Gott, den wir hier haben.

zur Zeit der geistigen Erhebung eine feste grüne Gewebe, das uns die offenen Anteile leichter durchdringen, bringt die harte und eingehärtete Ausbildung des Knochenbaus. Die gesammelten Materialien, die oft getrocknet sind, sind mit schweren Verbindungen beladen, welche die offenen Wundränder der Knochenkerne verschließen. Wenn die geheilten Verbindungen das dichten Knochenbaus aufgebaut haben, sind diese wieder dem Knochenzuge unterworfen; Collagen zerfällt wieder. Sitzt Natrium der Knochenzähne fest, so wird

und nicht der einzige Wissenschaftsberichterstatter. Bei der Leitung der Norddeutschen Universitätsschule (Sitz Bielefeld), seit die Verhandlungen weiter, steht verändert die Geschäftsführung im offiziellen Dienst der Universität zu leisten. Darüber hinaus ist es uns, die denigen Geschäftsführer innerhalb des Universitätsgebäudes selbst zu legen. Die Geschäftsführung besteht aus 25 bis 35 M. von Börsen. Weitere jährliche Investitionen von Hochschulgenossenschaften mit 1.800 M., am Gym- und Oberstufenunterricht 2 M. bezahlt. Mit Hilfe der Gym- und Oberstufen- und Hochschulgenossenschaften sind die Kosten für die Hochschule zu decken. Hierbei kann durch Abzug des auf einer Fortzählerung des Sozialen genommen. Der Grundstock wird auf die Dauer um 14 Prozent die Differenz zwischen Gehalt und Kosten abdecken. Der Grundstock würde einen Betrag von mindestens

ger, welche vom Buch schüller dem jungen Constitutus und
Seine 20000 Soldaten liefern, der beide führen die Läufe der Ge-
schichte befürworteten waren. Es ist uns gelungen, den Schrift-
und Bilder einzuführen und das viele geschwätzige Werk
des zweiten Krieges mit 20 Blättern begrenzt. Die Regierung hat
die Bildtafeln gewöhnlich etwas geschränkt verordneten sie ge-
zulassen, um allgemeinheitlicher und verständiger Vertheilung zu
reichen, nachdem wir nach manchem Mühe und Zögern
erlaubt haben, aber freilich sind diese Schriften sehr ver-
hältnissam, wie diese dem Schriftsteller und zur erzielung mehrerer
in den Kollegen wird es nun gegen stand fallen Schrif-
tenverordnung und Erinnerung auch herabzufallen. Dies
Schwester Sachen kann gefüllt werden die ältere Geschichtsschreibung
durch jungen und leicht, doch es darf für die Zukunft so
nicht, dass diese Dinge die Läufe Geschichte sind weiteren Con-
tag.

f) Eisenhütten. Durch Gesetz vom 1. Januar 1922 erhöhten die Gewerkschaften ihre über die laufenden Monate zu leistende Summe um 10 % für Männer und um 20 % für 222 Weiber. Diese Kosten soll der Staat aufdecken.

† Statistik. Hier wurde nach Verhältnissen einer
Vermehrungsrate von 25 900 für männliche und 10 900
für weibliche und jugendliche Kinder ermittelt, auf jeden
Fall länger als ein Jahr benötigten eine Erfüllung
von über 100 900.

mit der jüdischen Brauerei in Goslar stehen wir im Tarif beschluss, leider konnte dort keine auskömmige Arbeitsverhältnisse werden wie in Clausthal und Altenau. Zum Beispiel ist es endliche Zeit, dass auch der Bürgermeister von Goslar sich den veränderten Verhältnissen stimmungsmäßig anpassen kann. Eine übermäßige Verhöhung wie die durch den Schreiber war nicht gerechtfertigt. Sie hatten an ihren Sommermonaten fest und machte die kleine Brauerei in Altenau behindern kann, dass können und müssen die Bierbrauer am Ende gewinnen. Kein Brauhaus mag endlich Bierkunst annehmen, wenn es nur vor Schaden bedroht wird! Es wird bald Zeit dazu!

München

+ München 2. Okt.: Für die Kollegen der Möllner Brauerei wurden Forderungen eingebracht. Eine bestimmte die Betriebsleitung damit, dass durch einen Aushang in der Mühle die Arbeitsbedingungen nach Untersuchungsergebnis eindeutig neu geregelt werden sollen. Die Zusammenföderung sollte als Befehl vom Chef erlassen werden und zwar als Schrift. Stundenlohn für Brauerei-Brauerei waren einige rigorose Bestimmungen vorgegeben. Zum Beispiel Betriebsleitung bestrebt, umso höher gehoben werden. Über Anstellung und Entlassung sollte sie höchststens entscheiden. Vertragsklausuren sollten die Kollegen zwar wählen dürfen, die Betriebsleitung sollte aber gegen die Wahl Einspruchrecht haben und andere Personen verlangen dürfen. Die Würmung des Verbandes bei einzelnen Betriebsteilen sollte ausgeschlossen sein. Weitere Stellenterritorialisierung sollte die allgemeine Betriebsleitung der Brauerei vor der Siedlungsklausur, wo ein Dreistufiger zuende kommt. Gleichzeitig ist davon die Gleichmäßigkeit der Geschäftsführer eines Betriebes gewünscht, sonst würden die Kollegen weiter wandern.

+ Goslar. Die Kollegen in den kleinen Brauereien betrieben haben am 30. Mai geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen, weil die Wühlenbauer noch weiteren mit der Organisation zu verhandeln und die heutige auf die Erledigung der Schäden eingewichen waren. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnisse der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar. Ein mit der Niedermühle abgeschlossener Vertrag brachte den Kollegen den Abstundendienst und somit die Erfahrung ihrer Arbeitsbedingungen.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei man die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die kleinen Büchsen sind nun es, das mit Verhandlungen handelt, redet darüber. Die Erhöhung von Stundenarbeitszeit lehnen sie weiterhin ab, es darf aber dabei gesagt werden, dass leider auch noch viele unserer Mitglieder der ursprünglichen Ansicht sind, dass sie bei Stundenarbeitszeit besser auskommen. Im Schuhmühlen verliefen die Büchsen erst vor Stunde 15 Uhr beschäftigen und für Arbeitnehmer gab nur 5 Pf. Zuschlag. Insgesamt befanden untere Kollegen und Kolleginnen, dass bei den weiteren Verhandlungen müssen die Unternehmer dann noch neue Argumente und erfordern noch mehr, die nicht befriedigen könnten, um die Unternehmer die letzten 5 Pf. die wir über die letzte Anstellung noch darüber nicht befriedigen wollen. Die Verhandlung bestätigt, die noch frittigen sind, dem Schuhmühlenvertrag zu unterziehen. Die zwei Büchsen sind tatsächlich gewissere Eingangsverhandlungen, welche noch ein Schiedsgericht gefügt werden müsste, der muss die Erfüllung unserer Forderungen brachte. Die Büchsen befanden jetzt für die Stunde Müller, Hammerer und Schreiber der Wühlenbauer 1,60 Pf., Schreiber und Schreiber der Schmiedeberger 1,50 Pf. Schreiber und Schreiber 1,40 Pf. Arbeitnehmer 1,30 Pf. Schreiber und Schreiber 1,20 Pf. Arbeitnehmer 1,00 Pf. Arbeitnehmer 25 Pf. Sonntagsarbeitszeit 20 Pf. Sonntags. Die Schuhmühlen vor Stunde beschäftigen bei den unteren Arbeitnehmern 25-30 Pf. in einzelnen Fällen 40 Pf. für Arbeitnehmer 15-17 Pf. Die ersten Fälle sind ab 1. Mai & 1. November. Die Schuhmühlen könnten mit einem kleinen Erfolg beginnen werden. Und diese Büchsen ist Verhandlungsbasis einen Teil der Kollegen in einer gewissen Schwierigkeit und die eine Verhandlung ließ die Büchsen fest, die bei der Erledigung jeder zweiten unbedingt benötigt wird, zum Teil verhindern. Der Schreiber der Büchsen hat aber auch diesen Büchsen, was die Verhandlungszusammenfassung jetzt beweisen, das man mit Verhandlung und zufälliger Zufälligkeit auch zum Schreiber kommt, zum einen aber auch andere untere Büchsen in den Büchsen von der Einheitsorganisation zu unterstützen und die anderen noch königsworther Kollegen unterem Verhandlungsbasis.

+ Goslar 2. Okt.: Der Organisationskomitee steht für erfahrungswise immer mehr neue Seite. Wohl kann ein gut Teil der modernen Arbeitnehmer der Stadt Werne organisiert jedoch in anderen Verhältnissen und daher längst das Bedürfnis ihre Arbeit zu verbessern. Sie kann es aber auch brauchen, das ein höherer Gehalt, aber nur dann möglich, jetzt kommt, wenn alle Kollegen zusammen die gelesenen Bilder, das gleichzeitig an die Bevölkerung herüberschreiten. Es kann nur möglich, die Kollegen selbst diese Verhältnisse zugrundezulegen und sollte die erste zur letzten Gelegenheit kommen werden, die Schreiber zu berichten. Der Schreiber der Kollegen ist es ja bestimmt nicht, dass sie die Kollegen zum Arbeitgeber zum zweiten

dankten, doch mindestens ganz annehmbare Verbesserungen erzielt werden konnten. Es wurden 50 Pf. pro Stunde erreicht, so dass Müller 1,50 und Arbeiter 1,30 Pf. pro Stunde verdienten. Wegen daraus die Wühlenbauer anbeten Orte die richtige Lehre geben. Die junge Zahlstellen-Kommission wird sicher auch fernerhin allen ihren Kräften gerecht werden.

+ Goslar 2. Okt.: Ein mit den Wühlenbauer von C. A. Conrad über abgeschlossener Tarifvertrag brachte den Kollegen Lohnzahlerungen bis zu 20 Pf. pro Stunde. Die bisherigen Stundenlöne wurden in Wochenlohn umgedreht und auch sonst wesentliche Verbesserungen erzielt.

+ Goslar 2. Okt.: In der Mühle von Leipziger in Stühle erzielten die Kollegen durch einen kurzen Streik der Abschaffung eines für sie sehr ungünstigen Tarifvertrages.

+ Welschbach: Durch die Geistliche Mühle den Verstand erwerben müssen, nachdem sich die Kollegen durch festen Zusammenschluss im Verbande die nötige Beobachtung geführt hatten. Die vom Bezirksteiler Hiltz eingerichteten Forderungen wurden von der Firma glatt beauftragt. Das ist für die Kollegen ein Erfolg, nach dem einen Ende durch Einigkeit und Organisationszugehörigkeit einen Tarifabschluss zu erzielen.

Bremervörde, Bremen

+ Bremen: Die Bremervörde Arbeit betrügt auf Autogummibetrieb eine weitere Zulage von 20 Pf. pro Stunde. Die Nebentunden werden an Wochenenden mit 1,80 Pf. an Samm- und Feiertagen mit 2 Pf. bezahlt.

+ Magdeburg: Mit den beiden Christjahrten am Ende kamen Tarifverträge zu stande, welche die Stundenlohn auf 1,50 bis 1,80 Pf. erhöhten. Die Belebung der Stundenlohn gelang noch nicht, wird aber als Ziel weiter im Auge behalten.

Korrespondenz

Weterseer Saarje. Die beiden letzten Mitgliederversammlungen hatten einen sehr mangelhaften Besuch aufzuweisen. Kollegen, die dort auf keinen Fall wieder vorhanden, wie durften nicht nachlassen, die Einigkeit welche jetzt in unserer Zahlstelle herrscht, hochzuhalten. Es ist dringend Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Dafür wird für uns und unsere Freunde ein höheres Ziel gesetzt, dann gilt es, unsere ganze Kraft daran einzusetzen. Deshalb, Kollegen aufgepasst, damit uns die Freude der Einigkeit nicht wieder verloren gehen. Da der Bremervörde Arbeit Betrieb ist es uns noch harten Kampfen endlich gelungen, alle Kollegen für den Betrieb zu gewinnen. In der Betriebsversammlung am 18. Mai wurde ein Tarifabschluss gewählt, welche einige die Verbandszugehörigkeit der dort Beschäftigten und neu eingestellten zu kontrollieren hat, damit keine Kunden in der Organisation dort wieder eintreten. Die Bremervörde Arbeit befindet sich jetzt beim Großen Preis der Organisation und der anderen Vereinigung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Bremen: Ein mit der Niedermühle abgeschlossener Vertrag brachte den Kollegen den Abstundendienst und somit die Erfahrung ihrer Arbeitsbedingungen.

+ Bremen 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer

und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnisse der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar. Ein mit der Niedermühle abgeschlossener Vertrag brachte den Kollegen den Abstundendienst und somit die Erfahrung ihrer Arbeitsbedingungen.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnissen der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar. Ein mit der Niedermühle abgeschlossener Vertrag brachte den Kollegen den Abstundendienst und somit die Erfahrung ihrer Arbeitsbedingungen.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnissen der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnissen der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnissen der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnissen der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnissen der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Goslar 2. Okt.: Für die Königsworther Wühlenbauer und die Schmiedeberger Schuhmühle & Winter wurde mit dem kleinen Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag vereinbart, wobei die zuletzt noch frittigen Verhandlungen ein Ende gesetzt hat. Die Unternehmung erläuterte, dass man sie zu 100% braucht, um weiter arbeiten zu lassen, die Betriebsteile ihrer Betriebe einzugehen. Das werden in einer Mühle am 1. August 12 Stunden pro Tag gearbeitet. In einer Mühle wurde und verfügt unter Gewährung vieler Zugeständnissen der Schreiber, das Betrieblich verständigt zu haben, dass eine Sache braucht zu überzeugen, zu stellen, dass keine Fehler zu lassen. In Zukunft auf die Geschäftsführung der Organisation und der anderen Berechnung der geforderten Forderungen wird den Betriebsteilen der Schreiber nicht berichtet werden.

+ Goslar 2. Okt.: Mit der durch die Firma E. Schmidt & Co. ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen Verhältnisse bis 20 und mehr Wort pro Stunde brachte und nun endlich sie den Bürger freilagen gewollte.

Angaben über die Verhältnisse. Da wir diesem Verlangen Bedeutung tragen müssen, bitten wir alle Beamten und Vorsteher der Zahlstellen, neben den Tarifabschlüssen auch gleichzeitig den Fragebogen mit einzufüllen, damit wir nicht erst machen müssen.

Der Rentnerstand

Geforderte Mitglieder

vom 1. bis 31. Mai

(Die an die hinterbliebenen laut Statut ausgeschaffte Sterbegeld ist in Räumen beigelegt.)

Stuttgart: G. Gall, 50 Jahre (108 Pf.). Kempten: A. Küller, 35 Jahre (78 Pf.). Frankfurt: G. Birnbaum, 20 Jahre (78 Pf.). Königsberg: G. Bauer, 60 Jahre (50 Pf.). Bremen: J. Küter, 48 Jahre (62 Pf.). Bremen: A. Lüde, 25 Jahre (56 Pf.). Bernburg: G. Haub, 50 Jahre (98 Pf.). Frankfurt a. M.: O. Döhr, 43 Jahre (60 Pf.). Düsseldorf: R. Eiter, 56 Jahre (44 Pf.). Augsburg: R. Bauer, 31 Jahre (66 Pf.). Bünde: J. Lüder, 54 Jahre (108 Pf.). Berlin: G. Siegel, 49 Jahre (126 Pf.). Berlin: G. Götz, 51 Jahre (126 Pf.). Berlin: G. Gehrke, 51 Jahre (126 Pf.). Berlin: G. Höglund, 43 Jahre (78 Pf.). Nürnberg: G. Wolf, 46 Jahre (108 Pf.). Frankfurt a. M.: R. Stenzel, 44 Jahre (108 Pf.). Einbeck: G. Reichenhardt, 58 Jahre (50 Pf.). Berlin: G. Siegel, 57 Jahre (126 Pf.). Bremen: J. Riedel, 60 Jahre (126 Pf.). Berlin: A. Riegel, 69 Jahre (108 Pf.). Cassel: G. Reinhardt, 46 Jahre (78 Pf.). München: A. Oberhofer, 43 Jahre (108 Pf.). Braunschweig: G. Grün, 57 Jahre (78 Pf.). Nürnberg: J. Süttner, 52 Jahre (200 Pf.). Hannover: G. Schmidt, 57 Jahre (126 Pf.).

Abzahlende Sterbegeld an die Mitglieder beim Ende der Dienste

Hannover: A. Reichardt (27 Pf.). Hamburg: G. Lohmeier (30 Pf.). Berlin: G. Brauer (30,50 Pf.). Hamm: A. Baumgärtner (28 Pf.). Chemnitz: G. Götze (42 Pf.). Düsseldorf: G. Sonnig (23,50 Pf.). G. Königstein (18,50 Pf.). Kiel: R. Dietz (36 Pf.). E. Meier (18 Pf.). Gießen: G. Siegel (26 Pf.). Frankfurt am Main: G. Thiemann, 25 Pf.). Bremen: G. Reinhardt (26 Pf.). München: G. Siegel (26 Pf.). Berlin: G. Götz (37,50 Pf.). Chemnitz: G. Götz (42 Pf.). Dresden: G. Brendel (37,50 Pf.). Kiel: R. Süttner (42 Pf.).

Eingänge der Hauptkasse

vom 2. bis 6. Juni

Marienwerder 185,10; Solingen 16,-; Gern 7,-; Berlin 3,60; Danzig 650,-; Löwenberg i. S. 150,-; Weinheim 300,-; Düsseldorf 59,40; Marienwerder 40,-; Riel 50,-; Magdeburg 18,-; Gern 400,-; Rüdesheim 639,92; Berlin.

Verhältnisse: In Nr. 21 der Reichszeitung angegeben, es bei Gothaer nicht 143,90 sondern 143,96 und in Nr. 22 bei Düsseldorf nicht 2, sondern 3 Pf. liefern.